

# Gerichtsorganisationsgesetz (Gesetz über die Organisation der ordentlichen richterlichen Behörden) (GOG)

Vom 11. Dezember 1984

---

*Der Grosse Rat des Kantons Aargau,*

gestützt auf §§ 78 Abs. 1 und 97 Abs. 1 der Kantonsverfassung,

*beschliesst:*

## **A. Allgemeiner Teil**

### *I. Geltungsbereich des Gesetzes*

#### **§ 1<sup>1)</sup>**

<sup>1</sup> Dieses Gesetz gilt für die ordentlichen richterlichen Behörden der Zivil- und Strafrichterbarkeit (Friedensrichter, Bezirksgerichte, Obergericht) sowie für die Spezialverwaltungsgerichte. Geltungsbereich

<sup>2</sup> Für weitere Gerichte gilt dieses Gesetz, soweit andere Gesetze darauf verweisen.

#### **§ 1a<sup>2)</sup>**

Die in diesem Gesetz verwendeten Personenbezeichnungen beziehen sich auf beide Geschlechter. Personen-  
bezeichnungen

---

<sup>1)</sup> Fassung gemäss Gesetz vom 18. Oktober 2005, in Kraft seit 1. März 2006 (AGS 2006 S. 18).

<sup>2)</sup> Eingefügt durch Ziff. 1 des Gesetzes über Massnahmen zur Erneuerung der Justiz vom 19. September 1997, in Kraft seit 1. März 1998 (AGS 1997 S. 352).

## II. Das Amt des Richters

### § 2

A. Unabhängigkeit des Richters

- <sup>1</sup> Die Richter sind unabhängig und nur Gesetz und Recht unterworfen.  
<sup>2</sup> Vorbehalten bleibt die Aufsicht über die Geschäftsführung.

### § 3

B. Bestellung der Richter  
1. Wahl

- <sup>1</sup> Das Volk wählt auf vier Jahre die Friedensrichter und Statthalter, die Gerichtspräsidenten, die Bezirksrichter und Ersatzrichter der Bezirksgerichte.  
<sup>2</sup> Der Grosse Rat wählt die Oberrichter und Ersatzrichter des Obergerichtes sowie dessen Präsidenten und Vizepräsidenten auf vier Jahre.<sup>1)</sup>

### § 4

II. Wählbarkeit

- <sup>1</sup> Als Friedensrichter, Statthalter, Bezirksrichter und Ersatzrichter des Bezirksgerichtes ist jeder stimmberechtigte Bürger wählbar.  
<sup>2</sup> Als Gerichtspräsident, Oberrichter und Ersatzrichter des Obergerichtes ist jeder stimmberechtigte Bürger wählbar, der einen Fähigkeitsausweis für die Ausübung des Anwaltsberufes besitzt.  
<sup>3</sup> Der Wahl zum Oberrichter muss eine mindestens fünfjährige Tätigkeit in der Rechtsprechung, Verwaltung oder Advokatur vorausgehen.

### § 5

III. Wohnsitz

- Die Richter müssen in ihrem Amtskreis Wohnsitz nehmen.

### § 6

IV. Amtsgelübde

- <sup>1</sup> Die Richter geloben vor ihrem Amtsantritt getreue Pflichterfüllung.  
<sup>2</sup> Die Friedensrichter und Statthalter legen das Gelübde vor dem Bezirksgericht, die Gerichtspräsidenten, Bezirksrichter und Ersatzrichter der Bezirksgerichte vor dem Obergericht ab.  
<sup>3</sup> Die Oberrichter, die Ersatzrichter und die nebenamtlichen Richter des Obergerichtes legen das Gelübde vor dem Grossen Rat ab.<sup>2)</sup>

---

<sup>1)</sup> Fassung gemäss Ziff. 1 des Gesetzes über Massnahmen zur Erneuerung der Justiz vom 19. September 1997, in Kraft seit 1. März 1998 (AGS 1997 S. 352).

<sup>2)</sup> Fassung gemäss Ziff. 1 des Gesetzes über Massnahmen zur Erneuerung der Justiz vom 19. September 1997, in Kraft seit 1. März 1998 (AGS 1997 S. 352).

**§ 7**

- <sup>1</sup> Der Richter übt sein Amt mit Zurückhaltung und Menschlichkeit aus. C. Ausübung des Richteramtes
- <sup>2</sup> Er steht unter Wahrung seiner Unparteilichkeit einer unbeholfenen Partei bei. I. Leitsatz

**§ 8**

- Der Richter leitet die Prozesse straff und umsichtig. II. Beförderliche Erledigung der Prozesse

**§ 9<sup>1)</sup>**

- <sup>1</sup> Die voll- und teilamtlichen Richter unterlassen ausseramtliche Tätigkeiten, welche die Erfüllung ihrer amtlichen Pflichten beeinträchtigen oder das Vertrauen in ihre richterliche Unabhängigkeit gefährden könnten. Insbesondere ist ihnen die Tätigkeit als Anwalt, als Treuhänder oder als Notar untersagt. III. Nebenbeschäftigung
- <sup>2</sup> Sie dürfen nur mit Bewilligung des Grossen Rates eine weitere regelmässige Erwerbstätigkeit ausüben oder der Verwaltung einer Handelsgesellschaft oder Genossenschaft mit wirtschaftlichem Zweck angehören. Über entsprechende Gesuche entscheidet die grossrätliche Justizkommission unter Mitteilung an den Grossen Rat.

**§ 10**

- <sup>1</sup> Das Obergericht entscheidet über das Gesuch eines Gerichtspräsidenten oder Bezirksrichters um Beurlaubung. IV. Beurlaubung
- <sup>2</sup> Die grossrätliche Justizkommission entscheidet über das Gesuch eines Obergerichters um Beurlaubung und teilt die Bewilligung dem Grossen Rat mit.
- <sup>3</sup> Dem Gesuch kann entsprochen werden, wenn wichtige Gründe vorliegen und die Stellvertretung geregelt ist.

**§ 11<sup>2)</sup>**

- <sup>1</sup> Die voll- und teilamtlichen Richter sowie die Ersatzrichter und die nebenamtlichen Richter am Obergericht scheiden mit dem Erreichen des 65. Altersjahres, die übrigen Ersatzrichter und nebenamtlichen Richter mit dem Erreichen des 70. Altersjahres aus dem Amt aus. D. Altersgrenze

---

<sup>1)</sup> Fassung gemäss Ziff. 1 des Gesetzes über Massnahmen zur Erneuerung der Justiz vom 19. September 1997, in Kraft seit 1. März 1998 (AGS 1997 S. 352).

<sup>2)</sup> Fassung gemäss Ziff. 1 des Gesetzes über Massnahmen zur Erneuerung der Justiz vom 19. September 1997, in Kraft seit 1. März 1998 (AGS 1997 S. 352).

<sup>2</sup> Kommt die Bestimmung von Absatz 1 gestützt auf einen Verweis in einem Spezialgesetz zur Anwendung, beträgt das Rücktrittsalter stets 65 Jahre.

§ 12<sup>1)</sup>

§ 13

F. Strafverfahren  
gegen Mitglieder  
des Obergerichtes

Die strafrechtliche Verfolgung von Mitgliedern des Obergerichtes wegen Verbrechen oder Vergehen im Amte bedarf der Ermächtigung durch den Grossen Rat.

*III. Allgemeine Vorschriften*

§ 14

A. Öffentlichkeit  
der Verhand-  
lungen

<sup>1</sup> Die Verhandlungen der Gerichte sind öffentlich. Vorbehalten bleiben die in den Rechtspflegegesetzen vorgesehenen Ausnahmen.

<sup>2</sup> Die Beratungen sind geheim.

<sup>3</sup> Ohne Bewilligung des Gerichtes sind Bild- und Tonaufnahmen im Gerichtsgebäude und bei dessen Zugängen untersagt. Widerhandlungen können mit Ordnungsbussen bis Fr. 500.– geahndet werden.<sup>2)</sup>

§ 15

B. Presse, Radio,  
Fernsehen

<sup>1</sup> Berichterstattungen über Gerichtsverhandlungen durch Presse, Radio und Fernsehen müssen sachlich sein und dürfen niemanden unnötig blossstellen.

<sup>2</sup> Presse, Radio und Fernsehen sind verpflichtet, eine vom zuständigen Gericht angeordnete und formulierte Berichtigung ihrer Berichterstattung zu veröffentlichen.

<sup>3</sup> Gerichtsberichtersteller, die gegen die für Berichterstattung aufgestellten Regeln verstossen, können durch Entscheid des Obergerichtes von den öffentlichen Verhandlungen der Gerichte des Kantons ausgeschlossen werden.

<sup>4</sup> Der Regierungsrat regelt die Gerichtsberichterstattung in einer Verordnung.

---

<sup>1)</sup> Aufgehoben durch Ziff. II./3. des Haftungsgesetzes (HG) vom 24. März 2009, in Kraft seit 1. März 2010 (AGS 2010 S. 17).

<sup>2)</sup> Fassung gemäss Ziff. 3. des Gesetzes über die Umsetzung der neuen Bundesgesetzgebung im Strafrecht und Strafprozessrecht 18. März 2008, in Kraft seit 1. Januar 2009 (AGS 2008 S. 414).

**§ 16**

<sup>1</sup> Die Amtssprache der Gerichte ist Deutsch. Das Gericht kann Ausnahmen gestatten. C. Amtssprache

<sup>2</sup> Für die mündlichen Verhandlungen und die Einvernahme fremdsprachiger Zeugen ist nötigenfalls ein Übersetzer beizuziehen.

**§ 17**

Die Richter und das Kanzleipersonal sind verpflichtet, das Amtsgeheimnis zu wahren. D. Amtsgeheimnis

**§ 18**

<sup>1</sup> Dritte sind in der Regel nicht berechtigt, die Gerichtsakten einzusehen. E. Akten  
I. Akteneinsicht

<sup>2</sup> Der Regierungsrat regelt in einer Verordnung die Einsichtnahme in Gerichtsakten durch Behörden und durch Dritte, die ein berechtigtes Interesse nachweisen.

**§ 19**

Das Obergericht regelt in einem Reglement das Ordnen der Akten, die Rückgabe eingelegter Aktenstücke und die Archivierung der Akten. II. Aktenordnung, Rückgabe eingelegter Aktenstücke, Archivierung

**B. Besonderer Teil***I. Die richterlichen Behörden**1. Die Friedensrichter***§ 20**

Jeder Kreis hat einen Friedensrichter und einen Statthalter.

A. Kreisweise  
Bestellung  
I. Ordentliche  
Organisation

**§ 21**

Der Grosse Rat kann durch Dekret für einen Kreis die Zahl der Friedensrichter und Statthalter erhöhen und deren Zuständigkeit auf die Gemeinden des Kreises aufteilen, wenn es die Geschäftslast erfordert.

II. Ausser-  
ordentliche  
Organisation

**§ 22**

B. Vertretung bei  
Verhinderung

<sup>1</sup> Ist der Friedensrichter aus zwingenden Gründen an der Ausübung des Amtes verhindert, vertritt ihn der Statthalter.

<sup>2</sup> Ist auch der Statthalter verhindert, bezeichnet der Gerichtspräsident den Friedensrichter eines anderen Kreises des Bezirkes als Vertreter.

**§ 23**

C. Vertretung  
zur Entlastung

Eine Vertretung des Friedensrichters durch den Statthalter ist auch zulässig, wenn sie zur Entlastung des Friedensrichters nötig ist.

**§ 24**

D. Verhandlungs-  
raum; Raum-  
stellungspflicht  
der Gemeinden

<sup>1</sup> Die Verhandlungen werden in einem dafür geeigneten Raum durchgeführt.

<sup>2</sup> Die Gemeinden des Kreises stellen unentgeltlich einen Raum zur Verfügung.

**§ 25**

E. Geschäfts-  
kontrolle

Der Friedensrichter führt eine Geschäftskontrolle.

*2. Die Gerichtspräsidenten und die Bezirksgerichte*

a) Die Gerichtspräsidenten

**§ 26**

A. Anzahl

<sup>1</sup> Jeder Bezirk hat einen vollamtlichen Gerichtspräsidenten.

<sup>2</sup> Der Grosse Rat kann durch Dekret die Zahl der Gerichtspräsidenten erhöhen, wenn es die Geschäftslast erfordert. Zusätzliche Stellen sind als Voll- oder als Teilamt möglich. <sup>1)</sup>

**§ 27**

B. Amtssitz

Amtssitz des Gerichtspräsidenten ist der Hauptort des Bezirkes.

---

<sup>1)</sup> Fassung gemäss Ziff. 1 des Gesetzes über Massnahmen zur Erneuerung der Justiz vom 19. September 1997, in Kraft seit 1. März 1998 (AGS 1997 S. 352).

**§ 28**

<sup>1</sup> Ist der Gerichtspräsident aus zwingenden Gründen an der Ausübung des Amtes verhindert, vertritt ihn der Vizepräsident. Ist auch dieser verhindert, tritt an seine Stelle ein Bezirksrichter.

C. Vertretung bei  
Verhinderung  
I. Ordentliche  
Vertretung

<sup>2</sup> Ist innerhalb des Bezirksgerichtes kein Stellvertreter des Gerichtspräsidenten verfügbar, überträgt das Obergericht die Vertretung dem Gerichtspräsidenten eines andern Bezirksgerichtes.

**§ 29**

<sup>1</sup> Ist bei längerer Verhinderung des Gerichtspräsidenten eine geordnete Geschäftserledigung nicht mehr möglich, stellt das Obergericht dem Grossen Rat den Antrag auf befristete Bestellung eines ausserordentlichen Stellvertreters. Als solcher kann auch der Gerichtsschreiber bestellt werden.

II. Ausser-  
ordentliche  
Vertretung

<sup>2</sup> Für den ausserordentlichen Stellvertreter gelten die Wählbarkeitsvoraussetzungen des § 4 Abs. 2.

**§ 30**

Eine Vertretung des Gerichtspräsidenten durch den Vizepräsidenten des Bezirksgerichtes ist auch dann zulässig, wenn sie zur Entlastung des Gerichtspräsidenten nötig ist.

D. Vertretung  
zur Entlastung

**b) Die Bezirksgerichte****§ 31**

Das Bezirksgericht setzt sich zusammen aus dem Gerichtspräsidenten, vier nebenamtlichen Richtern und zwei Ersatzrichtern. Das Gericht wählt einen der Richter auf vier Jahre zum Vizepräsidenten.

A. Zusammen-  
setzung des  
Gerichtes  
I. Ordentliche  
Organisation

**§ 32**

<sup>1</sup> Der Grosse Rat kann durch Dekret für Bezirksgerichte mit grosser Geschäftslast mehrere Abteilungen mit je fünf Richtern schaffen und die Zahl der Richter und Ersatzrichter entsprechend erhöhen.

II. Ausser-  
ordentliche  
Organisation

<sup>2</sup> Das Gericht erlässt für die Geschäftsverteilung ein Reglement, welches vom Obergericht zu genehmigen ist.

**§ 33**

Amtssitz des Bezirksgerichtes ist der Hauptort des Bezirkes.

B. Amtssitz

- § 34**
- C. Sitzungen des Gerichtes  
I. Geschäftsleitung;  
Anzahl der Sitzungen
- <sup>1</sup> Der Gerichtspräsident leitet die Geschäfte des Bezirksgerichtes.  
<sup>2</sup> Er setzt die Zahl der Sitzungen nach der Geschäftslast fest.
- § 35**
- II. Besetzung
- <sup>1</sup> Das Gericht muss, um verhandeln, beraten und entscheiden zu können, vollzählig besetzt sein. Besondere Vorschriften der Rechtspflegegesetze bleiben vorbehalten.  
<sup>2</sup> Mit Zustimmung der Parteien kann ausnahmsweise auch vor einem nicht vollzählig besetzten Gericht verhandelt werden.
- § 36**
- III. Beratung und Abstimmung
- <sup>1</sup> Die Richter sind verpflichtet, bei allen Abstimmungen ihre Stimme abzugeben.  
<sup>2</sup> Die Mehrheit der Stimmen entscheidet.  
<sup>3</sup> Der Gerichtsschreiber hat beratende Stimme.
- § 37**
- IV. Zirkulationsbeschlüsse
- Prozessleitende Beschlüsse können auf dem Zirkulationswege gefasst werden, wenn sie einstimmig zu Stande kommen.
- § 38**
- D. Vertretung veränderter Richter  
I. Beizug von Ersatzrichtern und Richtern eines anderen Gerichtes
- Richter, die aus zwingenden Gründen an der Ausübung des Amtes verhindert sind, werden durch Ersatzrichter und nötigenfalls durch Richter und Ersatzrichter eines andern Bezirksgerichtes, die vom Obergericht bezeichnet werden, ersetzt.
- § 39**
- II. Übertragung auf ein anderes Gericht
- Müssten mehr als zwei Richter eines andern Bezirksgerichtes beigezogen werden, überträgt das Obergericht die Behandlung des betreffenden Geschäftes einem andern Bezirksgericht.



## c) Die Kanzleien

**§ 40**

<sup>1</sup> Der Gerichtspräsident ist zuständig für die Anstellung der Gerichtsschreiber und des übrigen Kanzleipersonals. Aus dessen Mitte bestimmt er den Kanzleichef und den Rechnungsführer.<sup>2)</sup>

A. Organisation und Bestellung;  
I. Zusammensetzung;  
Anstellung<sup>1)</sup>

<sup>2</sup> Der Grosse Rat regelt durch Dekret die Zulassung und die Stellung der Rechtspraktikanten.

**§ 41<sup>3)</sup>**

Voraussetzung für die Anstellung als Gerichtsschreiber ist ein hinreichendes juristisches Studium.

II. Gerichtsschreiber

**§ 42<sup>4)</sup>**

<sup>1</sup> Ist der Gerichtsschreiber an der Erfüllung der Aufgaben verhindert, vertritt ihn ein Gerichtsschreiber des gleichen Gerichtes oder ein vom Obergericht bezeichneter Gerichtsschreiber eines andern Bezirksgerichtes.

III. Vertretung des Gerichtsschreibers bei Verhinderung

<sup>2</sup> Der Gerichtspräsident kann auch Rechtspraktikanten oder Kanzlei-angestellte als Vertreter des Gerichtsschreibers zuziehen.

**§ 43<sup>5)</sup>****§ 44**

<sup>1</sup> Der Gerichtsschreiber führt in den Verhandlungen des Bezirksgerichtes das Protokoll und verfasst die Entscheide.

B. Aufgaben der Kanzlei  
I. Des Gerichtsschreibers

---

<sup>1)</sup> Fassung gemäss § 50 Abs. 3 des Gesetzes über die Grundzüge des Personalrechts (Personalgesetz, PersG) vom 16. Mai 2000, in Kraft seit 1. November 2000 (AGS 2000 S. 243).

<sup>2)</sup> Fassung gemäss § 50 Abs. 3 des Gesetzes über die Grundzüge des Personalrechts (Personalgesetz, PersG) vom 16. Mai 2000, in Kraft seit 1. November 2000 (AGS 2000 S. 243).

<sup>3)</sup> Fassung gemäss § 50 Abs. 3 des Gesetzes über die Grundzüge des Personalrechts (Personalgesetz, PersG) vom 16. Mai 2000, in Kraft seit 1. April 2001 (AGS 2000 S. 243).

<sup>4)</sup> Fassung gemäss § 50 Abs. 3 des Gesetzes über die Grundzüge des Personalrechts (Personalgesetz, PersG) vom 16. Mai 2000, in Kraft seit 1. April 2001 (AGS 2000 S. 243).

<sup>5)</sup> Aufgehoben durch § 50 Abs. 3 des Gesetzes über die Grundzüge des Personalrechts (Personalgesetz, PersG) vom 16. Mai 2000, in Kraft seit 1. April 2001 (AGS 2000 S. 243).

<sup>2</sup> Er kann für die Protokollführung in den Verhandlungen und zu andern Geschäften des Gerichtspräsidenten beigezogen werden.

**§ 45**

II. Der Kanzlei-  
angestellten<sup>1)</sup>

<sup>1</sup> Der Kanzleichef steht der Kanzlei vor.

<sup>2</sup> Die Kanzleiangestellten führen die Geschäftskontrollen und besorgen die allgemeinen Kanzleiarbeiten.<sup>2)</sup>

<sup>3</sup> Das Obergericht erlässt über die Führung der Kontrollen ein Reglement.

<sup>4</sup> Die Kanzleiangestellten können für die Protokollführung in den Verhandlungen des Gerichtspräsidenten beigezogen werden.<sup>3)</sup>

**§ 46**

III. Des  
Rechnungs-  
führers

<sup>1</sup> Der Rechnungsführer führt die Gerichtskasse.

<sup>2</sup> Er verwahrt die Geldbeträge, die beim Gericht hinterlegt werden.

<sup>3</sup> Dem Rechnungsführer können auch weitere Kanzleiarbeiten übertragen werden.

**§ 47<sup>4)</sup>**

C. Kanzlei-  
ordnung

Der Gerichtspräsident erlässt eine Kanzleiordnung, welche die Verantwortung für die einzelnen Kanzleiarbeiten festlegt.

**§ 48**

D. Aufsicht

Die Kanzlei steht unter der Aufsicht des Gerichtspräsidenten.

---

<sup>1)</sup> Fassung gemäss § 50 Abs. 3 des Gesetzes über die Grundzüge des Personalrechts (Personalgesetz, PersG) vom 16. Mai 2000, in Kraft seit 1. April 2001 (AGS 2000 S. 243).

<sup>2)</sup> Fassung gemäss § 50 Abs. 3 des Gesetzes über die Grundzüge des Personalrechts (Personalgesetz, PersG) vom 16. Mai 2000, in Kraft seit 1. April 2001 (AGS 2000 S. 243).

<sup>3)</sup> Fassung gemäss § 50 Abs. 3 des Gesetzes über die Grundzüge des Personalrechts (Personalgesetz, PersG) vom 16. Mai 2000, in Kraft seit 1. April 2001 (AGS 2000 S. 243).

<sup>4)</sup> Fassung gemäss Ziff. 1 des Gesetzes über Massnahmen zur Erneuerung der Justiz vom 19. September 1997, in Kraft seit 1. März 1998 (AGS 1997 S. 352).

### 3. Das Obergericht

#### § 49

<sup>1</sup> Das Obergericht setzt sich aus dessen Präsidenten und Vizepräsidenten, den weitem Oberrichtern und den Ersatzrichtern zusammen. <sup>1)</sup>

A. Organisation  
I. Zusammen-  
setzung,  
Zahl der Richter

<sup>2</sup> Der Grosse Rat setzt durch Dekret die Zahl der Richter und Ersatzrichter fest.

#### § 50

<sup>1</sup> Es dürfen nicht mehr als zwei Mitglieder des Obergerichtes der Bundesversammlung angehören.

II. Zugehörigkeit  
zur Bundesver-  
sammlung

<sup>2</sup> Der Grosse Rat erlässt durch Dekret die erforderlichen Ausführungsbestimmungen.

#### § 51

<sup>1</sup> Das Obergericht erledigt seine Geschäfte als Gesamtgericht, in Kammern und Kommissionen. Der Grosse Rat regelt die Zuständigkeit durch Dekret. <sup>3)</sup>

III. Gliederung  
des Obergerichtes  
a) Kammern und  
Kommissionen <sup>2)</sup>

<sup>2</sup> Die Verteilung der Geschäfte wird durch ein Reglement des Obergerichtes geordnet.

#### § 52<sup>4)</sup>

Das Obergericht weist die Richter den Kammern und Kommissionen zu. Diese konstituieren sich selbst.

b) Bestellung

#### § 53

Amtssitz des Obergerichtes ist Aarau.

B. Amtssitz

<sup>1)</sup> Fassung gemäss Ziff. 1 des Gesetzes über Massnahmen zur Erneuerung der Justiz vom 19. September 1997, in Kraft seit 1. März 1998 (AGS 1997 S. 352).

<sup>2)</sup> Fassung gemäss Ziff. 1 des Gesetzes über Massnahmen zur Erneuerung der Justiz vom 19. September 1997, in Kraft seit 1. März 1998 (AGS 1997 S. 352).

<sup>3)</sup> Fassung gemäss Ziff. 1 des Gesetzes über Massnahmen zur Erneuerung der Justiz vom 19. September 1997, in Kraft seit 1. März 1998 (AGS 1997 S. 352).

<sup>4)</sup> Fassung gemäss Ziff. 1 des Gesetzes über Massnahmen zur Erneuerung der Justiz vom 19. September 1997, in Kraft seit 1. März 1998 (AGS 1997 S. 352).

	<p><b>§ 54</b><sup>1)</sup></p> <p><sup>1</sup> Die Geschäftsleitung obliegt dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten des Obergerichtes sowie der Verwaltungskommission.</p> <p><sup>2</sup> Die Verwaltungskommission ist das geschäftsführende Gremium des Obergerichtes und der gesamten aargauischen Justiz. Sie vertritt die Gerichte im Verkehr mit anderen Behörden.</p>
C. Geschäftsleitung	
	<p><b>§ 55</b></p> <p>Es werden so viele Sitzungen abgehalten, als es die beförderliche Behandlung der Geschäfte erfordert.</p>
D. Sitzungen des Gerichtes I. Anzahl	
	<p><b>§ 56</b></p> <p><sup>1</sup> Das Gesamtgericht berät und beschliesst gültig, wenn drei Viertel der Richter anwesend sind. Bei Stimmengleichheit gibt der Präsident den Stichentscheid.</p> <p><sup>2</sup> Die Kammern und Kommissionen müssen vollzählig besetzt sein, um gültig verhandeln, beraten und entscheiden zu können.<sup>2)</sup></p> <p><sup>3</sup> Mit Zustimmung der Parteien kann ausnahmsweise auch vor einer nicht vollzählig besetzten Kammer oder Kommission verhandelt werden.<sup>3)</sup></p>
II. Besetzung des Gerichtes	
	<p><b>§ 57</b></p> <p><sup>1</sup> Die Richter sind verpflichtet, bei allen Abstimmungen ihre Stimme abzugeben.</p> <p><sup>2</sup> Die Mehrheit der Stimmen entscheidet.</p> <p><sup>3</sup> Der Gerichtsschreiber hat beratende Stimme.</p>
III. Beratung und Abstimmung	
	<p><b>§ 58</b></p> <p>Prozessleitende Beschlüsse können auf dem Zirkulationswege gefasst werden, wenn sie einstimmig zu Stande kommen.</p>
IV. Zirkulationsbeschlüsse	
	<p><b>§ 59</b></p> <p><sup>1</sup> Der Präsident des Obergerichtes und die Präsidenten der Kammern und Kommissionen, die aus zwingenden Gründen an der Ausübung des Amtes</p>
E. Vertretung verhandelter Präsidenten und Richter	
	<hr/> <p><sup>1)</sup> Fassung gemäss Ziff. 1 des Gesetzes über Massnahmen zur Erneuerung der Justiz vom 19. September 1997, in Kraft seit 1. März 1998 (AGS 1997 S. 352).</p> <p><sup>2)</sup> Fassung gemäss Ziff. 1 des Gesetzes über Massnahmen zur Erneuerung der Justiz vom 19. September 1997, in Kraft seit 1. März 1998 (AGS 1997 S. 352).</p> <p><sup>3)</sup> Fassung gemäss Ziff. 1 des Gesetzes über Massnahmen zur Erneuerung der Justiz vom 19. September 1997, in Kraft seit 1. März 1998 (AGS 1997 S. 352).</p>

verhindert sind, werden durch die Vizepräsidenten oder an deren Stelle durch andere Richter vertreten.<sup>1)</sup>

<sup>2</sup> Anstelle verhinderter Richter treten andere Richter oder Ersatzrichter. Wenn die erforderliche Zahl der Richter auch so nicht erreicht werden kann, werden vom Präsidenten des Gesamtgerichtes Bezirksgerichtspräsidenten beigezogen.

### § 60

Wenn die Zahl der Geschäfte es dringend erfordert, können die Ersatzrichter und Bezirksgerichtspräsidenten vorübergehend auch zur Entlastung der Richter beigezogen werden.

F. Beizug der Ersatzrichter und der Bezirksgerichtspräsidenten zur Entlastung der Richter

### § 61

Der Kanzlei gehören die Gerichtsschreiber, die Rechtspraktikanten (§ 40 Abs. 2) und das übrige Kanzleipersonal an.

G. Kanzlei  
I. Zusammensetzung

### § 62<sup>2)</sup>

Das Obergericht regelt die personalrechtlichen Zuständigkeiten, namentlich für die Anstellung, für sämtliches Personal der Gerichte.

II. Zuständigkeiten

### § 63<sup>3)</sup>

Voraussetzung für die Anstellung als Gerichtsschreiber ist ein abgeschlossenes Studium der Rechtswissenschaft.

III. Gerichtsschreiber

### § 64<sup>4)</sup>

Ist ein Gerichtsschreiber an der Erfüllung der Aufgaben verhindert, vertritt ihn ein Gerichtsschreiber des Obergerichtes oder eines vom Obergericht bezeichneten Bezirksgerichtes.

IV. Vertretung des Gerichtsschreibers bei Verhinderung

<sup>1)</sup> Fassung gemäss Ziff. 1 des Gesetzes über Massnahmen zur Erneuerung der Justiz vom 19. September 1997, in Kraft seit 1. März 1998 (AGS 1997 S. 352).

<sup>2)</sup> Fassung gemäss § 50 Abs. 3 des Gesetzes über die Grundzüge des Personalrechts (Personalgesetz, PersG) vom 16. Mai 2000, in Kraft seit 1. November 2000 (AGS 2000 S. 243).

<sup>3)</sup> Fassung gemäss § 50 Abs. 3 des Gesetzes über die Grundzüge des Personalrechts (Personalgesetz, PersG) vom 16. Mai 2000, in Kraft seit 1. April 2001 (AGS 2000 S. 243).

<sup>4)</sup> Fassung gemäss § 50 Abs. 3 des Gesetzes über die Grundzüge des Personalrechts (Personalgesetz, PersG) vom 16. Mai 2000, in Kraft seit 1. April 2001 (AGS 2000 S. 243).

§ 65<sup>1)</sup>

§ 66<sup>2)</sup>

VI. Aufgaben  
der Kanzlei

Das Obergericht legt Organisation und Aufgaben der Kanzlei in einer Kanzleiordnung fest.

§ 67<sup>3)</sup>

VII. Aufsicht

Das Obergericht beaufsichtigt die Kanzlei und das übrige Personal.

*4. Die Spezialverwaltungsgerichte*<sup>4)</sup>

§ 67a<sup>5)</sup>

Organisation

<sup>1</sup> Das Steuerrekursgericht, die Schätzungskommission nach Baugesetz, die Landwirtschaftliche Rekurskommission, das Rekursgericht im Ausländerrecht und das Personalrekursgericht bilden eine organisatorische Einheit unter der Bezeichnung Spezialverwaltungsgerichte.

<sup>2</sup> Die Präsidenten der Spezialverwaltungsgerichte vertreten sich gegenseitig.

<sup>3</sup> Die Organisation wird durch ein Reglement festgelegt, das der Kommission für Justiz des Grossen Rates zur Kenntnisnahme zuzustellen ist.

---

<sup>1)</sup> Aufgehoben durch § 50 Abs. 3 des Gesetzes über die Grundzüge des Personalrechts (Personalgesetz, PersG) vom 16. Mai 2000, in Kraft seit 1. April 2001 (AGS 2000 S. 243).

<sup>2)</sup> Fassung gemäss Ziff. 1 des Gesetzes über Massnahmen zur Erneuerung der Justiz vom 19. September 1997, in Kraft seit 1. März 1998 (AGS 1997 S. 352).

<sup>3)</sup> Fassung gemäss § 50 Abs. 3 des Gesetzes über die Grundzüge des Personalrechts (Personalgesetz, PersG) vom 16. Mai 2000, in Kraft seit 1. April 2001 (AGS 2000 S. 243).

<sup>4)</sup> Eingefügt durch Gesetz vom 18. Oktober 2005, in Kraft seit 1. März 2006 (AGS 2006 S. 18).

<sup>5)</sup> Eingefügt durch Gesetz vom 18. Oktober 2005, in Kraft seit 1. März 2006 (AGS 2006 S. 18).

## 5. Das Verwaltungsgericht<sup>1)</sup>

### § 67b<sup>2)</sup>

<sup>1</sup> Das Verwaltungsgericht besteht aus voll- oder teilamtlichen und nebenamtlichen Richtern. A. Richter

<sup>2</sup> Die Zahl der Richter und Ersatzrichter wird durch Dekret des Grossen Rates bestimmt.

<sup>3</sup> Die voll- oder teilamtlichen Richter sind Mitglieder des Obergerichtes. Stellvertretend können die übrigen Mitglieder des Obergerichtes oder die nebenamtlichen Richter und Ersatzrichter, die Juristen sind, beigezogen werden.

<sup>4</sup> Die nebenamtlichen Richter sollen entweder als Juristen die Voraussetzungen von § 67d Satz 2 erfüllen oder solchen Berufen angehören, deren Fachkenntnis für die Praxis des Verwaltungsgerichtes erforderlich ist (z.B. Architekt, Landwirt, Bücherexperte).

### § 67c<sup>3)</sup>

Der Grosse Rat wählt die Richter und Ersatzrichter. Aus dem Kreis der Oberrichter am Verwaltungsgericht bezeichnet er den Präsidenten. B. Bestellung

### § 67d<sup>4)</sup>

Für die Richter und Ersatzrichter gelten die in § 4 Abs. 1 aufgestellten Wählbarkeitsvoraussetzungen. Die Mehrzahl muss zudem ein juristisches Hochschulstudium abgeschlossen haben oder einen Fähigkeitsausweis zur Ausübung des Anwaltsberufes besitzen. C. Wählbarkeit

---

<sup>1)</sup> Eingefügt durch Ziff. II./6. des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege (Verwaltungsrechtspflegegesetz, VRPG) vom 4. Dezember 2007, in Kraft seit 1. Januar 2009 (AGS 2008 S. 356).

<sup>2)</sup> Eingefügt durch Ziff. II./6. des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege (Verwaltungsrechtspflegegesetz, VRPG) vom 4. Dezember 2007, in Kraft seit 1. Januar 2009 (AGS 2008 S. 356).

<sup>3)</sup> Eingefügt durch Ziff. II./6. des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege (Verwaltungsrechtspflegegesetz, VRPG) vom 4. Dezember 2007, in Kraft seit 1. Januar 2009 (AGS 2008 S. 356).

<sup>4)</sup> Eingefügt durch Ziff. II./6. des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege (Verwaltungsrechtspflegegesetz, VRPG) vom 4. Dezember 2007, in Kraft seit 1. Januar 2009 (AGS 2008 S. 356).

	<b>§ 67e</b> <sup>1)</sup>
D. Gliederung des Verwaltungsgerichtes	<sup>1</sup> Das Verwaltungsgericht erledigt seine Geschäfte als Gesamtgericht und in Kammern mit drei oder fünf Mitgliedern. <sup>2</sup> Das Gesamtverwaltungsgericht weist die Richter den Kammern zu und wählt deren Präsidenten.
	<b>§ 67f</b> <sup>2)</sup>
E. Kanzlei	Das Obergericht stellt Gerichtsschreiber und Kanzlei des Verwaltungsgerichtes.
	<b>§ 67g</b> <sup>3)</sup>
F. Übrige Vorschriften	Im Übrigen kommen auf das Verwaltungsgericht die Vorschriften über die Organisation des Obergerichtes zur Anwendung.

## *II. Die Aufsicht über die richterlichen Behörden*

### *1. Die Aufsicht der Gerichtspräsidenten über die Friedensrichter*

	<b>§ 68</b>
A. Allgemeine Aufsicht I. Der Gerichtspräsident als Aufsichtsbehörde	<sup>1</sup> Der Gerichtspräsident beaufsichtigt die Geschäftsführung der Friedensrichter und der Statthalter seines Bezirkes. <sup>2</sup> Dem Obergericht steht die Oberaufsicht zu.
	<b>§ 69</b>
II. Bericht-erstattung der Friedensrichter	<sup>1</sup> Die Friedensrichter berichten dem Gerichtspräsidenten alle zwei Jahre über ihre Tätigkeit. <sup>2</sup> Die Gerichtspräsidenten berichten dem Obergericht hierüber gesamthaft.

---

<sup>1)</sup> Eingefügt durch Ziff. II./6. des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege (Verwaltungsrechtspflegegesetz, VRPG) vom 4. Dezember 2007, in Kraft seit 1. Januar 2009 (AGS 2008 S. 356).  
<sup>2)</sup> Eingefügt durch Ziff. II./6. des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege (Verwaltungsrechtspflegegesetz, VRPG) vom 4. Dezember 2007, in Kraft seit 1. Januar 2009 (AGS 2008 S. 356).  
<sup>3)</sup> Eingefügt durch Ziff. II./6. des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege (Verwaltungsrechtspflegegesetz, VRPG) vom 4. Dezember 2007, in Kraft seit 1. Januar 2009 (AGS 2008 S. 356).



**§ 70**

Der Gerichtspräsident prüft mindestens alle zwei Jahre die Geschäftsführung der Friedensrichter.

III. Prüfung der Geschäftsführung

**§ 71**

Der Gerichtspräsident ladet die Friedensrichter und Statthalter in angemessenen Abständen zu Instruktionsversammlungen ein.

IV. Instruktionsversammlungen

**§ 72**

Der Gerichtspräsident kann verbindliche Weisungen für die Geschäftsführung der Friedensrichter erlassen.

V. Weisungen

**§ 73**

Der Gerichtspräsident eröffnet von Amtes wegen oder auf Beschwerde hin ein Disziplinarverfahren gegen einen Friedensrichter oder Statthalter, wenn Anzeichen für eine Verletzung von Amtspflichten, insbesondere für eine Rechtsverweigerung oder Rechtsverzögerung, vorliegen.

B. Disziplinar-  
aufsicht  
I. Einschreiten  
von Amtes wegen  
oder auf Be-  
schwerde hin

**§ 74**

<sup>1</sup> Der Gerichtspräsident kann einem Friedensrichter oder Statthalter wegen Verletzung von Amtspflichten einen Verweis erteilen oder ihn mit einer Ordnungsbusse bis 100 Franken belegen.

II. Disziplinar-  
strafen und  
Massnahmen

<sup>2</sup> Erachtet der Gerichtspräsident eine vorübergehende Einstellung im Amte oder eine Amtsenthebung als gerechtfertigt, unterbreitet er die Akten dem Bezirksgericht zum Entscheid.

<sup>3</sup> Der auf Einstellung im Amte oder Amtsenthebung lautende Entscheid des Bezirksgerichtes kann innert 20 Tagen mit Beschwerde beim Obergericht angefochten werden.

## *2. Die Aufsicht des Obergerichtes über die Gerichtspräsidenten und die Bezirksgerichte*

**§ 75**

Die Geschäftsführung der Gerichtspräsidenten und der Bezirksgerichte steht unter der Aufsicht des Obergerichtes.

A. Allgemeine  
Aufsicht  
I. Das  
Obergericht als  
Aufsichtsbehörde

**§ 76**

II. Bericht-  
erstattung der  
Gerichtspräsi-  
denten und der  
Bezirksgerichte

<sup>1</sup> Gerichtspräsidenten und Bezirksgerichte erstatten dem Obergericht alle zwei Jahre Bericht über ihre Tätigkeit.

<sup>2</sup> Das Obergericht kann ergänzende Berichte verlangen.

**§ 77**

III. Prüfung der  
Geschäftsführung

Das Obergericht prüft in angemessenen Abständen die Geschäftsführung der Gerichtspräsidenten und der Bezirksgerichte.

**§ 78**

IV. Weisungen

Das Obergericht kann verbindliche Weisungen für die Geschäftsführung der richterlichen Behörden erlassen.

**§ 79**

V. Richter-  
tagungen

<sup>1</sup> Das Obergericht ladet jährlich zu kantonalen Richtertagungen ein, die der fachlichen Weiterbildung dienen.

<sup>2</sup> Richter, Ersatzrichter und Gerichtsschreiber sind verpflichtet, daran teilzunehmen.

**§ 80**<sup>1)</sup>

B. Disziplinar-  
aufsicht  
I. Einschreiten  
von Amtes wegen  
oder auf Be-  
schwerde hin

Das Obergericht eröffnet von Amtes wegen oder auf Beschwerde hin ein Disziplinarverfahren gegen einen Richter, wenn Anzeichen für eine Verletzung von Amtspflichten, insbesondere für eine Rechtsverweigerung oder Rechtsverzögerung, vorliegen.

**§ 81**

II. Disziplinar-  
strafen und  
Massnahmen

Das Obergericht kann dem fehlbaren Beamten einen Verweis erteilen, ihn mit einer Ordnungsbusse bis zu 500 Franken belegen oder in schweren Fällen die vorübergehende Einstellung im Amte oder die Amtsenthebung anordnen.

---

<sup>1)</sup> Fassung gemäss § 50 Abs. 3 des Gesetzes über die Grundzüge des Personalrechts (Personalgesetz, PersG) vom 16. Mai 2000, in Kraft seit 1. April 2001 (AGS 2000 S. 243).

### 3. Die Aufsicht des Grossen Rates über die richterlichen Behörden

#### § 82

<sup>1</sup> Der Grosse Rat beaufsichtigt die Geschäftsführung des Obergerichtes.

A. Allgemeine Aufsicht  
I. Der Grosse Rat als Aufsichts- und Oberaufsichtsbehörde

<sup>2</sup> Dem Grossen Rat steht die Oberaufsicht über die Gerichtspräsidenten, Bezirksgerichte und Friedensrichter zu.

#### § 83

Das Obergericht erstattet dem Grossen Rat alle zwei Jahre Bericht über seine Tätigkeit und diejenige der Gerichtspräsidenten, Bezirksgerichte und Friedensrichter.

II. Bericht-erstattung des Obergerichtes

#### § 84

Der Grosse Rat eröffnet von Amtes wegen oder auf Beschwerde hin ein Disziplinarverfahren gegen einen Oberrichter, wenn Anzeichen für eine Verletzung von Amtspflichten, insbesondere für eine Rechtsverweigerung oder Rechtsverzögerung, vorliegen.

B. Disziplinar-aufsicht über die Oberrichter  
I. Einschreiten von Amtes wegen oder auf Beschwerde hin

#### § 85

Der Grosse Rat kann einen Oberrichter bei schwerer Pflichtverletzung seines Amtes entheben.

II. Amts-enthebung

### III. Die Justizverwaltung

#### § 86

Das Obergericht steht der Verwaltung der richterlichen Behörden vor.

A. Stellung des Obergerichtes

#### § 87

Die Erstellung und der Vollzug des jährlichen Voranschlages sowie das Rechnungswesen richten sich nach dem für die staatliche Verwaltung geltenden Finanzrecht, soweit sich aus diesem Gesetz nicht etwas anderes ergibt.

B. Voranschlag und Rechnungswesen  
I. Geltung des staatlichen Finanzrechtes

#### § 88

Das Obergericht erstellt den Voranschlag der richterlichen Behörden. Es beachtet die vom Regierungsrat aufgestellten Richtlinien und holt die Anträge der andern richterlichen Instanzen ein.

II. Voranschlag  
a) Erstellung durch das Obergericht

**§ 89**

b) Weiterleitung  
an den  
Regierungsrat  
und den Grossen  
Rat

<sup>1</sup> Das Obergericht leitet den Voranschlag an den Regierungsrat weiter.

<sup>2</sup> Stimmen die Anträge von Obergericht und Regierungsrat nicht überein,  
sind dem Grossen Rat beide Anträge vorzulegen.

**§ 90**

C. Führung und  
Abschluss der  
Rechnungen  
I. Friedensrichter

<sup>1</sup> Die Friedensrichter führen Rechnung über die Ausgaben und die von  
ihnen erhobenen Kosten und Ordnungsbussen. Sie stellen die Rechnung  
dem Finanzdepartement <sup>1)</sup> zu.

<sup>2</sup> Das Finanzdepartement <sup>2)</sup> erlässt unter Mitteilung an das Obergericht  
Weisungen für die Rechnungsführung.

**§ 91**

II. Gerichte  
a) Rechnungs-  
führung

<sup>1</sup> Die Rechnungsführer der Gerichte führen Rechnung über die Ausgaben  
und die von ihnen erhobenen Kosten und Ordnungsbussen.

<sup>2</sup> Das Finanzdepartement <sup>3)</sup> erlässt unter Mitteilung an das Obergericht  
Weisungen für die Rechnungsführung.

<sup>3</sup> Es lässt die Rechnungsführung in angemessenen Abständen überprüfen.  
Es erstattet hierüber dem Obergericht Bericht.

**§ 92**

b) Rechnungs-  
abschluss;  
Weiterleitung an  
das Finanz-  
departement <sup>4)</sup>

<sup>1</sup> Die Bezirksgerichte und das Obergericht prüfen die ihnen vom Rech-  
nungsführer vorgelegten Jahresrechnungen.

<sup>2</sup> Die Bezirksgerichte stellen ihre Rechnungen dem Obergericht zu, das sie  
mit seiner Rechnung an das Finanzdepartement <sup>5)</sup> weiterleitet.

**§ 93**

D. Kosten-  
beschwerden  
I. Gegen  
Verfügungen des  
Friedensrichters

Die Verfügungen des Friedensrichters über die Leistung von Kosten-  
vorschüssen und die Festsetzung der Höhe von Kosten sowie die Verwei-  
gerung der unentgeltlichen Rechtspflege können innert 20 Tagen von der  
Mitteilung an gerechnet beim Gerichtspräsidenten mit Beschwerde ange-  
fochten werden.

---

<sup>1)</sup> Heute: Departement Finanzen und Ressourcen

<sup>2)</sup> Heute: Departement Finanzen und Ressourcen

<sup>3)</sup> Heute: Departement Finanzen und Ressourcen

<sup>4)</sup> Heute: Departement Finanzen und Ressourcen

<sup>5)</sup> Heute: Departement Finanzen und Ressourcen

**§ 94**

<sup>1</sup> Verfügungen und Entscheide des Gerichtspräsidenten oder des Bezirksgerichtes über die Leistung Rückerstattung von Kostenvorschüssen, die Festsetzung der Höhe von Gerichtskosten sowie die Ausrichtung von Zeugengeldern, Entschädigungen an Sachverständige und unentgeltliche Rechtsvertreter können innert 20 Tagen von der Mitteilung an gerechnet beim Obergericht mit Beschwerde angefochten werden.

II. Gegen Verfügungen und Entscheide des Gerichtspräsidenten und des Bezirksgerichtes

<sup>2</sup> Legt eine Partei gegen einen Entscheid ein ordentliches Rechtsmittel ein, ist die Kostenbeschwerde mit diesem zu verbinden.

**C. Schlussbestimmungen****§ 95**

Mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes sind alle ihm widersprechenden Bestimmungen aufgehoben, insbesondere

A. Aufhebung von Organisationsgesetzen

- a) die §§ 1–5 und 118–124 des Gesetzes über Aufstellung und Verfahren der Friedensrichter vom 22. Dezember 1852/5. November 1901<sup>1)</sup>,
- b) das Gesetz über die Organisation der Bezirksgerichte vom 22. Dezember 1852<sup>2)</sup>,
- c) das Gesetz über die Organisation des Obergerichtes vom 22. Dezember 1852<sup>3)</sup> und die Verordnung über die kommissionelle Behandlung der Geschäfte beim Obergericht vom 8. Januar 1952<sup>4)</sup>.

**§ 96**

§ 29 Abs. 4 des Gesetzes über die Strafrechtspflege (Strafprozessordnung) vom 11. November 1958/24. Januar 1977<sup>5)</sup> ist aufgehoben.

B. Änderung des Gesetzes über die Strafrechtspflege

**§ 97**

Gerichtspräsidenten, Oberrichter, Ersatzrichter des Obergerichtes und Gerichtsschreiber, die beim Inkrafttreten dieses Gesetzes im Amt stehen, aber die Voraussetzungen der Wählbarkeit nach diesem Gesetz nicht erfüllen (§§ 4 Abs. 2 und 3, 41, 63), bleiben im Amt und sind für dieses Amt wieder wählbar.

C. Übergangsbestimmungen  
I. Wählbarkeitsvoraussetzungen

---

<sup>1)</sup> AGS Bd. 1 S. 451

<sup>2)</sup> AGS Bd. 1 S. 105

<sup>3)</sup> AGS Bd. 1 S. 94

<sup>4)</sup> AGS Bd. 4 S. 2

<sup>5)</sup> SAR 251.100

**§ 98**

II. Dekret über  
die Organisation  
des Bezirks-  
gerichtes  
Bremgarten

Das Dekret über die Organisation des Bezirksgerichtes Bremgarten vom 1. Juli 1980<sup>1)</sup> bleibt bis zu seiner Aufhebung durch Beschluss des Grossen Rates in Kraft.

**§ 99**

III. Hängige  
Disziplinar-  
verfahren

Die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes hängigen Disziplinarverfahren werden nach bisherigem Recht zu Ende geführt.

**§ 100**

D. Inkrafttreten

Dieses Gesetz wird nach der Annahme durch das Volk vom Regierungsrat in Kraft gesetzt und in der Gesetzessammlung publiziert.

*Angenommen in der Volksabstimmung vom 1. Dezember 1985.  
Inkrafttreten: 1. Januar 1988<sup>2)</sup>*

---

<sup>1)</sup> SAR 155.330

<sup>2)</sup> RRB vom 23. November 1987 (AGS Bd. 12 S. 292).